

# NIEDERSCHRIFT Schul/0007/2017

über die Sitzung des **Schul- und Sportausschusses der Stadt Billerbeck** am 31.01.2017 in der **Mensa der Don-Bosco-Hauptschule**.

Vorsitzender:

Herr Ulrich Schlieker

Ausschussmitglieder:

Frau Heike Ahlers  
Frau Brigitte Mollenhauer      Vertretung für Herrn  
Timo Schulze Brock

Frau Birgit Schulze Wierling  
Herr Dieter Brall      Vertretung für Herrn  
Michael Fliß

Frau Margarete Köhler  
Frau Maggie Rawe

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Frau Michaela Hartstock  
Herr Patrick Dieker

Beratende Mitglieder gemäß § 85 Abs. 2 Schulgesetz:

Frau Beate Balzer      ohne Ortsbesichtigung  
Frau Heike Claßen      Geschwister-  
Eichenwald-Schule  
Frau Gisela Heymanns      Presbyterin Evgl. Kir-  
chengemeinde, ohne  
Ortsbesichtigung

Entschuldigt fehlen:

Herr Propst Hans-Bernd Serries  
Herr Thomas Wischnewski

Gäste:

Frau Anne Bölte      Ludgeri-Grundschule,  
ohne Ortsbesichtigung  
Herr Frank Wieland

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks  
Herr Hubertus Messing  
Frau Marion Lammers  
Herr Gerd Mollenhauer  
Herr Jürgen Erfmann  
Herr Jürgen Janowski  
Frau Birgit Freickmann      Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr  
 Ende der Sitzung: 20:20 Uhr

Herr Schlieker stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

## **TAGESORDNUNG**

### **I. Öffentliche Sitzung**

**1. Erstellung von Umkleide- und Gruppenräume für die Freilichtbühne Billerbeck, DJK/VFL Billerbeck sowie für die Kulturveranstaltungen der Stadt Billerbeck**

Vor der Beratung in der Mensa der Gemeinschaftsschule besichtigen die Ausschussmitglieder die Empore der ehemaligen Realschulsporthalle. Hieran nehmen als Vertreter der Freilichtbühne Herr Klaus Wallocha und Herr Veit Feldmann, als Vertreter der Tischtennisabteilung Herr Horsel sowie Herr Janowski als Vertreter des Gesamtsportvereins DJK/VfL teil.

Herr Messing erläutert die vorgesehenen Umbaumaßnahmen und die spätere Nutzung der Räume durch Freilichtbühne, Tischtennisabteilung und Stadt. Die Vertreter der Freilichtbühne und des Sportvereins erläutern den Bedarf für ihre Nutzung.

Auf Nachfragen teilt Herr Messing mit, dass die Nebenkosten aufgrund der durchgeführten energetischen Sanierung gering sein werden und ggf. eine Refinanzierung über eine Kostenbeteiligung der Vereine erfolge. Das Schulbudget werde durch diese Maßnahme nicht angetastet. Die Hand- und Spanndienste der Vereine würden mündlich ggf. schriftlich vereinbart.

Der Antrag auf Förderung in Höhe von 15.000,-- € durch die Sparkassenstiftung sei nicht abgelehnt, sondern in die Zeit gestellt worden, zunächst sollten die politischen Gremien beteiligt werden.

Die Räume dürften für den Schulbetrieb aufgrund des Bauordnungsrechtes nicht dauerhaft genutzt werden.

Seitens der Ausschussmitglieder wird der Brandschutz und ein zweiter Rettungsweg als wichtig angesehen.

Frau Dirks versichert, dass diesbezüglich eine Abstimmung mit den Fachleuten erfolgt und deren Hinweise berücksichtigt werden.

Bei der anschließenden Beratung in der Mensa der Gemeinschaftsschule betont Frau Mollenhauer, dass die von der Verwaltung veranschlagten Kosten für den Umbau in Höhe von rd. 34.000,-- € auch eingehalten werden müssen.

Frau Köhler begrüßt die Idee, die Räumlichkeiten in der vorgestellten Form zu nutzen. Es müsse aber dringend überprüft werden, ob der Fluchtweg ausreichend sei.

Frau Rawe findet es gut, dass die leer stehenden Räume einer Nutzung zugeführt werden sollen und sich die Vereine beim Umbau einbringen wollen. Die Verwaltung sollte kurzfristig mitteilen, welche Maßnahmen seitens der Brandschutzexperten gefordert werden.

Herr Messing unterstreicht, dass selbstverständlich vor Baubeginn die Fragen des Brandschutzes geklärt würden.

Auf Nachfrage von Herrn Schlieker, ob der Beschluss evtl. vorbehaltlich der Unterstützung durch die Sparkassenstiftung gefasst werden sollte, antwortet Frau Mollenhauer, dass eine Beschlussfassung ohne diesen Vorbehalt erfolgen sollte, der Sinn dieser Maßnahme sei bei der Ortsbesichtigung deutlich geworden.

Der Ausschuss fasst folgenden

**Beschluss:**

Dem vorgestellten Umbau der ehemaligen Empore der Realschulsport-halle zu Umkleide- und Gruppenräume für die Freilichtbühne und DJK/VfL Billerbeck wird zugestimmt.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**2. Schulraumprogramm für die Ludgeri-Grundschule und Gemeinschaftsschule in Billerbeck**

Eingangs führt Frau Dirks aus, dass das Schulraumprogramm aufgrund des CDU-Antrages zur Ansiedlung eines Drogeriemarktes im Innenstad-gebiet wieder auf der Tagesordnung stehe. Mittlerweile sei verwaltungs-seitig Kontakt zu dem Investor aufgenommen worden, der sich auf dem Grundstück der Ludgerischule einen Drogeriemarkt mit einer begleiten- den Einzelhandelsnutzung vorstellen könne. Hierüber sei mit dem Inves- tor ausführlich gesprochen worden. Dabei habe sich herausgestellt, dass der Investor davon ausgegangen ist, dass dieses Schulgrundstück nicht mehr genutzt werde und die dort angesiedelten Klassen problemlos um- gesiedelt werden können. Außerdem sei er davon ausgegangen, dass die Turnhalle leer stünde und nicht mehr genutzt bzw. benötigt werde. Aus diesem Grund wolle der Investor auch für die Gebäude keinen Kauf- preis zahlen, sondern lediglich für das Grundstück einen angemessenen Kaufpreis zahlen.

Herr Messing berichtet, dass Kontakt zu renommierten Büros aufgenom- men worden sei und für eine Schulraumanalyse mit Kosten in Höhe von 5.000,- bis 6.000,- € ausgegangen werden müsse. Wenn es um Kon- zepte gehe, müssten weit über 10.000,- € in die Hand genommen wer- den. Wichtig sei, dass eine Untersuchung in engem Schulterschluss mit den Schulen durchgeführt werde.

An der Grundschule würden ca. 400 Schüler in 17 Klassen unterrichtet. Wenn in den nächsten Jahren von einer 4-Zügigkeit ausgegangen werde,

würden 18 – 20 Klassenräume benötigt, also blieben keine Räume übrig. Hinzu kämen evtl. noch weitere Fachräume.

Anders sehe das an der Gemeinschaftsschule aus. Wenn die optimistischen Prognosen eintreffen, könne man für die nächsten Jahre allenfalls mit einer 3-Zügigkeit rechnen. Zurzeit würden mindestens 20 Klassen benötigt.

Herr Wischnewski hätte heute detailliert zum Raumbedarf der Gemeinschaftsschule vortragen wollen, sei aber kurzfristig erkrankt.

Frau Balzer präsentiert dann die gegenwärtige Situation des Raumbedarfes an der Ludgerischule. Dabei handelt es sich um eine Aktualisierung des Berichtes zur Raumplanung von 2013. Die Präsentation (**Anlage 1**) und ihr Bericht zur Raumplanung mit Stand vom 31. Januar 2017 (**Anlage 2**) sind dieser Niederschrift im Ratsinformationssystem beigefügt. Hieraus geht hervor, dass sämtliche Räume benötigt werden und darüber hinaus weiterer Bedarf besteht.

Besonders weist Frau Balzer auf die Montag-Stiftung hin, die vielleicht beratend tätig werden könne.

Frau Hartstock meint, dass die von Frau Balzer vorgelegte Analyse des Raumbedarfes eine gute Grundlage für die weitere Diskussion sein könne. Es sei zu überlegen, ob unbedingt ein Fachbüro beauftragt werden müsse, oder ob die 10.000,- € besser für andere schulische Dinge ausgegeben werden sollten.

Frau Dirks weist darauf hin, dass man diese Diskussion schon einmal in 2013 geführt habe. Anders als damals liege heute aber ein Antrag bzgl. einer anderen Nutzung für einen Schulstandort der Grundschule vor. Die Angaben der Schulen seien wertvoll, aber sie rate dringend dazu, Geld für die Erstellung eines Schulraumprogrammes durch ein unabhängiges Fachbüro in die Hand zu nehmen, damit die Diskussion beendet werden könne, ansonsten sei man genau da, wo man 2013 auch schon gestanden habe.

Zu dem Einwand von Herrn Brall, dass man die Ausarbeitung von Frau Balzer nicht unter den Tisch kehren dürfe und er davon ausgehe, dass die Schulen einbezogen würden, verweist Frau Dirks auf das Herforder Modell, das von der Politik, Fachbüros und den Schulen gemeinsam entwickelt wurde. So stelle sie sich das auch hier vor, um sachgemäß Räume zur Verfügung zu stellen.

Frau Mollenhauer hält es für wichtig, zunächst die Schulen einzubeziehen, Herr Kahlert habe schon 2013 den Raumbedarf aufgezeigt. Verwaltungsseitig sei ausgeführt worden, dass als Grundvoraussetzung eine vernünftige Analyse benötigt werde, diese habe Frau Balzer vorgelegt; dem sei durch einen Fachmann doch nichts hinzuzufügen. Eine Analyse könne vor Ort fast besser erstellt werden, als durch einen Fachmann. Im Übrigen bestehe an der Grundschule die Problematik, dass aufgrund der zwei Standorte einige Räume doppelt vorhandenen seien. Man müsse evtl. sehen, ob alles auf einen Standort konzentriert werden kann.

Hierfür brauche man aber nach ihrer Meinung keinen Fachmann. Das könne die Verwaltung zusammen mit der Schule besser.

Frau Rawe hält der CDU-Fraktion vor, dass doch gerade sie für die Erstellung eines Schulraumprogrammes durch ein unabhängiges Fachbüro sein müssten, weil sie doch die Ansiedlung von Rossmann und Ernstings family an der Ludgeristraße anstrebten. Dann müsse doch Ersatz für die dortigen Räumlichkeiten geschaffen werden und für einen Neubau werde eine Analyse benötigt.

Frau Köhler schließt sich den Ausführungen von Frau Rawe an. Wenn der Investor der Meinung sei, dass Schule und Turnhalle abgängig seien, dann wolle sie wissen, woher er das wisse. Eine Schulraumanalyse müsse unbedingt in Auftrag gegeben werden. Sie habe z. B. festgestellt, dass für die Inklusion gar keine Räume vorhanden seien.

Frau Schulze Wierling geht davon aus, dass ein Neu- oder Anbau sicher über das Programm „Gute Schule 2020“ oder aus Mitteln für die Integration gefördert würde.

Frau Mollenhauer verweist auf die Sitzungsvorlage zum Tagesordnungspunkt „Gute Schule 2020“. Hieraus werde ersichtlich, dass für beide Schulen viel Geld benötigt werde und erheblicher Bedarf bestehe. Da stelle sich doch die Frage, ob an zwei Gebäuden so viel Geld investiert werden müsse.

Frau Dirks macht deutlich, dass ein fachmännisch erstelltes Raumprogramm Voraussetzung für einen Neu- oder Anbau sei. Die Verwaltung verfüge nicht über das erforderliche Fachwissen, um ein solches Raumprogramm zu erstellen.

Herr Dieker meint ebenfalls, dass eine professionelle Planung in Auftrag gegeben werden müsse, um verlässliche Fakten zu bekommen. Dafür müsse Geld in die Hand genommen werden.

Anhand einer kompetenten Schulraumanalyse könne man auch die Kosten für einen Neubau errechnen, so Frau Rawe.

Herr Brall spricht sich noch einmal deutlich dafür aus, kompetenten und neutralen Rat einzuholen und die Schule nicht außen vor zu lassen.

Frau Köhler weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag konform sei mit einem der seitens der SPD-Fraktion gestellten Begleitanträge zum Haushaltsplan.

Herr Schlieker erinnert noch einmal daran, dass dieser Tagesordnungspunkt aufgrund des CDU-Antrages zur Errichtung eines Drogeriemarktes am Standort der Ludgeri-Grundschule diskutiert werde. Frau Dirks habe eingangs über das Gespräch mit einem potentiellen Investor berichtet. Vor diesem Hintergrund befragt er Frau Mollenhauer, ob sie unter diesen Umständen ihren Antrag aufrechterhalten wolle.

Frau Mollenhauer erklärt, dass der CDU-Antrag nach wie vor Bestand habe. Aussage der Bürgermeisterin sei auch, dass das Gelände grundsätzlich durchaus für Einzelhandel in Frage komme. Hier werde vermittelt, als ob die CDU-Fraktion dem Investor gesagt habe, dass alles machbar wäre. Sie hätten lediglich beantragt, zu prüfen, ob an dem Standort Einzelhandel installiert werden könne. Dass in erster Linie die Schüler adäquat untergebracht werden müssen, sei klar. Es sei nicht gewollt, die Schüler rauszuschmeißen. Im Übrigen handele es sich nur um einen Antrag. Hierüber sollte in Ruhe und ergebnisoffen diskutiert werden. Die Beauftragung eines professionellen Büros wollten sie nicht torpedieren. Aber 2013 habe hierfür eine Summe von 2.000,-- € im Raum gestanden und jetzt sei von 10.000,-- € die Rede. Das zu hinterfragen, sei doch legitimes Recht.

Frau Hartstock moniert, dass es gut gewesen wäre, wenn der Vorlage die von Frau Balzer erarbeitete Analyse beigefügt worden wäre. Diese Informationen seien für sie sehr hilfreich, auch um sie an die Bürger weiter zu geben.

Frau Dirks bestätigt, dass Frau Balzer gut vorgearbeitet habe. Herr Kahler habe aber 2013 bereits ähnliches vorgelegt, das von Frau Balzer nun aktualisiert wurde. Grundsätzlich sei allen bekannt, dass beide Schulstandorte benötigt werden.

Bei der Gemeinschaftsschule sei die Sache wesentlich spannender, da es für Schulversuche keine allgemein gültigen Leitlinien gebe.

Herr Brall stellt zu der Aussage von Frau Mollenhauer, dass sie lediglich einen Antrag gestellt habe fest, dass sie die Schullandschaft, Eltern und Schüler durch diesen Antrag schwer erschüttert habe. Das sei aus Sicht der SPD-Fraktion unmöglich.

Frau Rawe bezeichnet es als starkes Stück, dass Frau Mollenhauer den CDU-Antrag nun herunterspiele. Wenn weiter hierüber diskutiert werde, dann würden auch fundierte Zahlen benötigt. Diese könnten auch weiterhin nützlich sein, egal ob auf dem Schulgelände etwas anderes gebaut werde oder nicht.

Frau Mollenhauer merkt an, dass es sich um einen Antrag nach § 24 der Gemeindeordnung handele, der in den entsprechenden Ausschüssen beraten wird. Jede Partei könne entscheiden, ob sie mitgehe oder nicht.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

#### **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Die Verwaltung wird beauftragt, ein kompetentes Büro zur Erstellung eines Schulraumprogrammes für die Billerbecker Schulen zu beauftragen. Die Kosten hierfür werden sich auf maximal bis zu 10.000,00 € belaufen und werden in den Haushalt 2017 eingestellt.

**Stimmabgabe:** einstimmig

### 3. Landesprogramm "Gute Schule 2020"

Herr Mollenhauer teilt ergänzend mit, dass die in der Sitzungsvorlage aufgeführten Maßnahmen fast alle in der Haushaltsplanung enthalten seien. Bislang nicht enthalten seien zum einen die Sanierung der Aula der Gemeinschaftsschule und die Dachsanierung im Bereich des ehemaligen Realschulgebäudes.

Frau Rawe hält es für wichtig, neben den Vorschlägen der Verwaltung zum Programm „Gute Schule 2020“ auch die Wünsche der Schule zu hören, um diese in die Beratung einzubeziehen.

Frau Köhler schlägt vor, den Beschlussvorschlag zu splitten und einzeln abzustimmen, da einige der vorgeschlagenen Maßnahmen unstrittig seien, andere jedoch nicht.

Herr Brall gibt zu bedenken, dass zu dem vorherigen Tagesordnungspunkt über den Schulstandort Ludgeristraße diskutiert wurde und man nicht wisse, ob dieser aufrechterhalten werde.

Herr Mollenhauer erläutert, dass das Ludgerischulgebäude ein Denkmal sei, dessen Dach und Fassade dringend saniert werden müssten. Die Nutzung des Gebäudes sei unabhängig von der Sanierung des Denkmals.

Frau Mollenhauer führt an, dass im Zusammenhang mit der Sanierung der Lehrer WC im Johannis-Grundschulgebäude unbedingt auch eine Beheizung der Behinderten-Toilette vorgesehen werden müsse.

Frau Köhler vermisst die Einplanung von Mitteln, um die Gebäude weiter sukzessive behindertengerecht auszustatten. Des Weiteren sollten für das Lehrschwimmbaden umfangreichere Maßnahmen eingeplant werden. Die vorgesehene Anschaffung des Luftentfeuchters sei nur Stückwerk. Hinsichtlich der vorgesehenen Erneuerung des Hallenbodens in der Zweifachturnhalle schlägt sie vor, einen Boden zu wählen, der auch einer Mehrzwecknutzung standhält.

Bezugnehmend auf die Frage zu den Wünschen der Schule führt Frau Balzer aus, dass sie gerne an beiden Standorten einen Mehrzweckraum für den musisch-religiösen Bereich umgestalten würde. Darüber hinaus gebe es an beiden Schulen Beschattungsprobleme und es fehle die Möglichkeit, die Klassenräume zu verdunkeln.

Herr Erfmann berichtet, dass am Johannis schulgebäude noch 10 weitere Sonnenschutzanlagen installiert würden. Am Ludgerischulgebäude dürfe aufgrund des Denkmals außen kein Sonnenschutz angebracht werden.

Frau Claßen betont, dass sich die Gemeinschaftsschule ebenfalls wünsche, Vorschläge einbringen zu können. Herr Wischnewski habe sich

diesbezüglich vorbereitet, sei aber kurzfristig erkrankt. Unbedingt wünschenswert wäre ein multifunktionaler-naturwissenschaftlicher Raum. Weiterhin müsse der WLAN-Bereich verbessert werden.

Herr Messing erläutert, dass eine der Grundvoraussetzungen zur Teilnahme an dem Programm „Gute Schule 2020“ die Stärkung des Infrastrukturbereiches und WLAN-Netzwerkes sei. Hier sei bereits eine große Bandbreite vorhanden, es müsse aber noch bei den Servern und der Ausstattung der Klassen investiert werden. Außerdem soll jeder Unterrichtsraum an der Gemeinschaftsschule grundsätzlich mit einem Beamer ausgestattet werden. Das Gleiche gelte für die Grundschule.

Herr Mollenhauer weist zum Vorschlag von Frau Köhler bzgl. des Lehrschwimmbekens darauf hin, dass man im letzten Jahr nach sehr umfassenden Diskussionen einvernehmlich zu dem Ergebnis gekommen sei, dass eine Sanierung mit einem vertretbaren Aufwand nicht möglich ist. Selbst wenn dort investiert würde, werde immer noch nur ein Mini-Becken zur Verfügung stehen, das kaum nutzbar wäre.

Frau Rawe hält es für hilfreich, eine Liste zu erstellen, woraus die Kosten für die einzelnen Maßnahmen ersichtlich werden. Bis dahin könnte dann auch die Frage geklärt werden, ob noch andere Fördertöpfe für die Sanierung der Aula der Gemeinschaftsschule zur Verfügung stehen. Sie habe sich erschrocken, dass z. B. nur für die Modernisierung der Aula schon 600.000,-- bis 700.000,-- € ausgegeben werden sollen.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass nicht erst noch nach anderen Förderprogrammen gesucht werden könne, da die Frist für die Abgabe des Förderantrages sehr eng gesteckt sei und man morgen loslegen müsste. Wenn das gelinge, betrüge die Förderung immerhin 90%. Er würde erst einmal den Antrag auf den Weg bringen wollen und dann ggf. nach anderen Fördermöglichkeiten Ausschau halten bzw. die Maßnahme abspecken oder in die Zeit stellen.

Frau Dirks führt zum Lehrschwimmbekens aus, dass nach langen Überlegungen beschlossen wurde, zum befristeten Erhalt des Beckens den Entfeuchter zu ersetzen. Für einen Neu- oder Anbau habe man noch kein Förderprogramm gefunden.

Herr Schlieker macht deutlich, dass er persönlich ein Problem damit habe, die Sanierung der Aula aus dem Programm „Gute Schule 2020“ zu finanzieren. Das Programm sei sicher nicht dafür gedacht, der Stadt zu einem repräsentativen Raum für Empfänge oder Kulturveranstaltungen zu verhelfen.

Zur Frage nach dem weiteren Vorgehen wird verwaltungsseitig ausgeführt, dass es sich heute um den 1. Aufschlag handele. Die Verwaltung werde versuchen Fördermittel zu bekommen. Deshalb sollten die Mittel für alle Maßnahmen zunächst in den Haushaltsplan eingestellt werden, damit sie in der Haushaltssatzung enthalten seien. Im Laufe des Jahres werde dann über die einzelnen Maßnahmen zu entscheiden sein.

Herr Schlieker stellt dann wie von Frau Köhler beantragt, den gesplitteten Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

**Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Sanierung des Ludgerischulgebäudes einen Antrag auf Förderung aus Dorferneuerungsmitteln zu stellen.
2. Für die Sanierung der Aula des ehem. Realschulgebäudes ist zu prüfen, ob ein Antrag nach dem Programm „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier NRW 2017“ gestellt werden kann. Der Hinzuziehung eines Fachplanungsbüros wird zugestimmt.
3. Die weiteren Maßnahmen sollen im Zuge der Umsetzung des Programms „Gute Schule“ und „Kommunalinvestitionsförderungsgesetz“ durchgeführt werden. Die Restfinanzierung erfolgt über die Schulpause. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Beschlussfassung für das Programm „Gute Schule“ vorzubereiten. Eine Festlegung der einzelnen Maßnahmen erfolgt nicht, hierüber wird in einer weiteren Schul- und Sportausschusssitzung zu beraten sein.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**4. Mitteilungen**

Keine

**5. Anfragen**

**5.1. Anschaffung einer Anlage für Hörgeschädigte - Frau Hartstock**

Frau Hartstock bedankt sich zunächst bei Herrn Messing für die kurzfristige Bereitstellung der mobilen FM-Anlage des Kreises Coesfeld.

Es sei ihr aber ein dringendes Anliegen, dass eine solche Anlage oder ggf. auch eine Alternative grundsätzlich bei allen öffentlichen Sitzungen vorhanden sei, unabhängig von ihrer Anwesenheit, damit auch hörgeschädigte Zuschauer hiervon einen Nutzen haben.

Geärgert habe sie sich insbesondere beim Festakt an der Gemeinschaftsschule am vergangenen Wochenende, der unter dem Motto „Toleranz baut Brücken“ gestanden habe. Sie hätte von den Festreden kaum etwas verstanden, wenn sie nicht ihre private Technik mitgebracht hätte. Zu diesem Thema habe sie auch eine Präsentation vorbereitet.

Herr Schlieker sagt zu, dafür zu sorgen, dass in der nächsten Schulausschusssitzung eine Anlage vorhanden ist und Frau Hartstock ihre Präsentation vortragen kann.

Herr Messing führt aus, dass es schwer sein werde, für jede Veranstaltung eine grundsätzliche Barrierefreiheit herzustellen, gerade wenn es sich um Veranstaltungen handele, die nicht von der Stadt organisiert werden. Für die Rats- und Ausschusssitzungen wäre bis zum Einbau der Induktionsschleife im Ratssaal eigentlich die Pen-Lösung die bessere Lösung.

Herr Schlieker schlägt vor, in der nächsten Schul- und Sportausschusssitzung weiter über dieses Thema zu beraten.

Ulrich Schlieker  
Ausschussvorsitzender

Birgit Freickmann  
Schriftführerin